

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

22. April 2013

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 15.04.13 wurden in der südafghanischen Provinz Zabul acht Zivilisten getötet, als ihr Fahrzeug nahe der Provinzhauptstadt Qalat auf eine Sprengfalle fuhr. Am 16.04.13 wurden bei einem Überfall in der nordafghanischen Provinz Jawzjan (Distrikt Khanaqa) zwei Mitarbeiter des Roten Halbmonds von Unbekannten erschossen und zwei weitere verletzt. Die vier Mitarbeiter einer mobilen Klinik waren in einem deutlich gekennzeichneten Fahrzeug unterwegs. In der westlichen Provinz Herat (nahe der Stadt Shindand im gleichnamigen Distrikt) starben am 17.04.13 sieben Zivilisten, nachdem ihr Fahrzeug auf eine an der Straße versteckte Bombe gefahren war. Vier weitere Personen wurden verletzt. Am selben Tag wurden in der nordafghanischen Provinz Jawzjan die Leichen von vier Soldaten, die einen Tag zuvor entführt worden waren, mit durchschnittlichen Kehlen gefunden. In der Hauptstadt Kabul wurde ebenfalls am 17.04.13 eine in einem Abfallbehälter versteckte Bombe in der Nähe des Parlaments gefunden. Verletzte gab es nicht. Am 19.04.13 wurden bei einem Angriff Aufständischer auf afghanische Sicherheitskräfte in der östlichen Provinz Ghazni 13 Polizisten getötet. Am 21.04.13 verschwanden neun zivile türkische Staatsangehörige und ein afghanischer Übersetzer nach der Notlandung ihres Hubschraubers im Distrikt Asr der Provinz Logar (südlich von Kabul). Es wird vermutet, dass sie von Taliban entführt wurden. Am selben Tag wurden bei einem Überfall auf einen Polizeiposten in der Provinz Ghazni sechs Polizisten getötet und einer verletzt. Weiterhin starben bei einem Selbstmordanschlag in der östlichen Provinz Paktika drei Menschen, darunter ein früherer Distriktsgouverneur. In der westlichen Provinz Herat sollen Taliban zwei Männern jeweils eine Hand und ein Bein abgehackt haben. Die Taliban soll ihnen vorgeworfen haben, für ein Unternehmen gearbeitet zu haben, das die NATO-Truppen logistisch unterstützt habe.

Im ersten Quartal 2013 gab es Angaben der ANSO (Afghanistan NGO Safety Office) zufolge 2.331 Angriffe durch Aufständische. Dies sei ein Anstieg von 47 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. 73 % der Angriffe waren gegen afghanisches Militär und Polizei gerichtet, nachdem sich die internationalen Truppen mehr und mehr zurückziehen. 10 % der Angriffe galten Zivilisten, denen Zusammenarbeit mit der Regierung vorgeworfen wurde, nur ca. 4 % waren gegen internationales Militär gerichtet.

Afghanische Regierung protestiert gegen mögliche Asylgewährung für Ortskräfte

Die Regierung protestierte in der vergangenen Woche mit einer Verbalnote gegen mögliche Angebote der Bundesregierung, afghanischen Mitarbeitern der Bundeswehr Asyl zu gewähren. Die Kritik richtet sich auch gegen andere ISAF-Truppensteller, etwa die USA, Kanada, Neuseeland und Frankreich, die in dieser Frage eine großzügige Haltung eingenommen haben. Die afghanische Regierung erklärte, derartige Angebote seien inakzeptabel. Dadurch würden Angst, Unruhe und Bedenken geschürt sowie die afghanische Bevölkerung demoralisiert. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums hätten bislang 23 sogenannte Ortskräfte in Deutschland Asyl beantragt.

UN-Bericht über sexuelle Gewalt in Konfliktzonen

Nach einem Bericht des UN-Generalsekretärs („Sexual violence in conflict“ vom 14.03.13) gebe es im Rahmen des Konflikts in Afghanistan sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder. In Gebieten unter Kontrolle der Regierungsgegner komme es zu Entführungen, Übergriffen, Vergewaltigungen und sexuellem Missbrauch. Auch andere bewaffnete Gruppen, etwa Stammesmilizen, die für die lokale Polizei arbeiteten, würden Frau-

en und Mädchen sexuell missbrauchen. Anzeigen führten selten zu einer Verfolgung der Täter. Häufig würden die Opfer selbst eines Verbrechens beschuldigt und gesteinigt oder anderweitig betrafft. Berichte über derartige Vorkommnisse betreffen die Provinzen Ghor, Kunduz, Sari Pul, Parwan und Paktya. Weiterhin gebe es Berichte über sexuellen Missbrauch oder dessen Androhung gegen Knaben und Männer im Gewahrsam des Geheimdienstes oder der Polizei.

Pakistan

Ex-Präsident und Ex-Diktator Pervez Musharraf in Haft

Am 19.04.13 wurde der ehemalige Staatspräsident Pervez Musharraf festgenommen. Er war 1999 durch einen Staatsstreich des Militärs, dessen militärischer Oberbefehlshaber er war, an die Macht gekommen. Von 2001 bis 2008 war er Staatspräsident. Er trat auf Druck der Zivilgesellschaft zurück und verließ das Land. Musharraf war im März 2013 nach Pakistan zurückgekehrt, um für einen Abgeordnetensitz zu kandidieren. Er erhielt aber keine Zulassung für einen Wahlkreis. Am 18.04.13 folgte er einer gerichtlichen Vorladung vor das Obergericht in Islamabad (Islamabad High Court). Nachdem das Gericht eine weitere Haftverschönerung abgelehnt und seine Festnahme angeordnet hatte, gelang ihm mit Hilfe seiner Leibwächter die Flucht auf seine nahegelegene Farm. Dort ergab sich Musharraf am 19.03.13 der Polizei. Er wird bei nächster Gelegenheit einem Anti-Terrorgericht vorgeführt werden. Ihm drohen eine Reihe von Strafverfahren unter anderem im Zusammenhang mit der Ermordung Benazir Bhuttos und der illegalen Absetzung von Richtern während seiner Regierung sowie nicht zuletzt wegen des Staatsstreiches.

Gewalt gegen Wahlkämpfer

Am 21.04.13 wurde eine Wahlkampfveranstaltung der Awami National Party im Pishin-Distrikt (Provinz Belutschistan) angegriffen. Es gab zwei Tote und zwei Verletzte unter den Teilnehmern.

Am selben Tag wurde eine Parteiveranstaltung der National Party im Haus von deren Vorsitzenden Dr. Malik Baloch von Bewaffneten in Turbat (Provinz Belutschistan) angegriffen. Nach einem Feuergefecht zogen sich die Angreifer zurück. Es gab keine Opfer.

Am 19.04.13 wurde eine Wahlkampfveranstaltung eines nicht parteigebundenen Kandidaten in Wana (Süd-Waziristan; Khyber-Pakhtunkhwa-Provinz) von Raketenwerfern getroffen. Zwei Personen starben, 25 wurden verletzt.

Irak

Sicherheitslage

Am 15.04.13 starben bei einer Serie von Anschlägen mindestens 35 Menschen, es gab mehr als 250 Verletzte. Am 16.04.13 wurden insgesamt mindestens 15 Menschen getötet. In der Provinz Wassit kamen drei Zivilisten durch eine Autobombe um. In Baquba (Provinz Diyala) wurden zwei Mitglieder einer Bürgerwehr und zwei Polizisten erschossen. Der Gouverneur der Provinz Ninive überlebte einen Anschlag auf seinen Konvoi unverletzt. Am 17.04.13 wurden in Bagdad und Umgebung mindestens vier Menschen getötet und 18 weitere verletzt. Am 18.04.13 gab es bei einem Bombenanschlag in Bagdad, im sunnitisch geprägten Stadtteil Amariya, mindestens 27 Tote und mehr als 50 Verletzte. Am 19.04.13 kamen bei Anschlägen auf Moscheen während des Freitagsgebetes in Baquba und Kirkuk acht Menschen ums Leben, 32 wurden verletzt. Am 21.04.13 kamen 15 Menschen bei Anschlägen ums Leben.

Regionalwahlen

Am 20.04.13 fanden in zwölf von 18 Provinzen Regionalwahlen statt. In den Provinzen Kirkuk, Anbar und Ninive wurde aufgrund der Sicherheitslage nicht gewählt. In den von der Kurdischen Regionalregierung regierten Provinzen Dahuk, Erbil und Sulaimaniya wird erst am 21.09.13 gewählt. Im Vorfeld der Wahlen starben 14 der Kandidaten durch Attentate. Auch am Wahltag kam es zu Zwischenfällen. So konnten Extremisten trotz strenger Sicherheitsvorkehrungen mehrere Wahllokale angreifen. Dabei sollen mehrere Menschen verletzt worden sein.

Laut dpa-Pressemitteilung vom 21.04.13 beteiligte sich nach ersten offiziellen Angaben etwa die Hälfte der Wahlberechtigten an den Regionalwahlen. Eine besonders niedrige Wahlbeteiligung gab die Wahlkommissi-

on für Bagdad und Basra an. In der Hauptstadt habe nach vorläufigen Angaben nur etwa jeder Dritte seine Stimme abgegeben. In der südlichen Hafenstadt Basra (Provinz Basra) seien es nur wenig mehr gewesen.

Um die 447 Sitze in den Provinzräten bewarben sich knapp 8.200 Kandidaten. 117 Sitze sind für Frauen reserviert. Es waren die ersten Wahlen seit dem Abzug der US-Truppen Ende 2011.

Al-Qaida-Mitglieder hingerichtet

Am 16.04.13 wurden offiziellen irakischen Angaben zufolge 21 Mitglieder des Terrornetzwerkes al-Qaida in Irak hingerichtet. Sie seien wegen Terrorismus verurteilt worden und sollen für mehrere Autobombenanschläge, Morde sowie Entführungen verantwortlich gewesen sein. Im Jahr 2013 wurden bisher mindestens 63 Menschen hingerichtet.

Syrien

Berichte von Massaker in Vorort von Damaskus

Nach Angaben von Aktivisten vom 21.04.13 sollen die syrische Armee und regimetreue Milizen bei der Erstürmung eines Vorortes von Damaskus innerhalb von fünf Tagen mindestens 85 Menschen (in anderen Berichten ist von mehr als 250 die Rede) getötet haben, darunter Frauen und Kinder. Zahlreiche verwundete Rebellen, die in provisorischen Krankenhäusern behandelt wurden, sollen von Regimeanhängern exekutiert worden sein.

UNO-Sicherheitsrat verurteilt Gewalt in Syrien

Am 18.04.13 forderte der UNO-Sicherheitsrat ein sofortiges Ende der Gewalt und verurteilte Menschenrechtsverletzungen sowohl durch die syrische Regierung als auch durch die Rebellen. Nach UN-Schätzungen ist ein Viertel der 22 Millionen Syrer im eigenen Land auf der Flucht vor Gewalt, ca. 1,3 Millionen haben Schutz im Ausland gesucht, mehr als 70.000 wurden getötet.

Präsident warnt vor terroristischen Gruppierungen

Syriens Präsident, Bashar al-Assad, warnte den Westen am 17.04.13 in einem Fernsehinterview vor einer Unterstützung terroristischer Gruppen in Syrien. Dabei schien er Bezug zu nehmen auf die radikal-islamische Gruppierung Jabhat al-Nusra, die in mehreren syrischen Provinzen gegen die Regierungstruppen kämpft. Der Führer dieser Gruppierung, die von den USA bereits auf ihre Terrorliste gesetzt wurde, Abu Mohammad al-Golani (Jaulani), hatte sich am 10.04.13 in einer Audiobotschaft zu al-Qaida und deren Führer al-Zawahiri bekannt.

Opposition erhält mehr Hilfe aus dem Ausland

Nach einem Treffen der Staatengruppe „Freunde Syriens“ verkündete US-Außenminister Kerry am 21.04.13 eine Verdoppelung der US-Hilfe auf ca. 250 Millionen Dollar (etwa 192 Millionen Euro). Die Aufständischen sollen zwar keine Waffen, aber sonstige Militärausrüstung erhalten, so evtl. gepanzerte Fahrzeuge, Schutzwesten und Nachtsichtgeräte. Deutschland will seine Hilfe um 15 Millionen Euro auf insgesamt 145 Millionen Euro aufstocken. Das größte syrische Oppositionsbündnis, die Nationale Koalition, distanzierte sich im Gegenzug von „allen Formen des Terrorismus“ in den Reihen der Rebellen.

EU plant Lockerung von Sanktionen

Die Europäische Union will ihre Sanktionen gegen Syrien lockern, vor allem im Ölsektor. Auch über die von Frankreich und Großbritannien gewünschte Lockerung des Waffenembargos, die von den anderen EU-Regierungen abgelehnt wird, soll gesprochen werden. Das Embargo ist bis Ende Mai 2013 befristet und müsste einstimmig verlängert werden. Vor einem Treffen der EU-Außenminister am 22.04.13 äußerte der deutsche Außenminister Westerwelle Bedenken gegen Waffenlieferungen an die Rebellen. Die Gefahr sei groß, dass sie Terroristen in die Hände fielen.

Syrien/Jordanien

US-Militärpräsenz in Jordanien

Die USA verlegen nach einer Ankündigung vom 17.04.13 einen Planungsstab der US-Army nach Amman. Die Zahl der aktuell dort stationierten 200 US-Soldaten werde zwar nicht erhöht, weil gleichzeitig andere Einheiten abgezogen würden, doch seien die Einheiten jetzt in der Lage, Kampfeinsätze zu koordinieren. Die USA trainieren seit letztem Jahr innerhalb Jordaniens Kämpfer der „Freien Syrischen Armee“ (FSA). Bis Ende April sollen 3.000 Mann das Training durchlaufen haben. Langfristiges Ziel ist die Etablierung der FSA im äußersten Süden Syriens, um eine Pufferzone zu Jordanien und Israel zu schaffen und zu verhindern, dass sich islamistische Extremisten dort festsetzen können.

Ägypten

Strafprozess gegen Mubarak wird fortgesetzt

Das Verfahren gegen Hosni Mubarak, das unterbrochen wurde, weil der zuständige Richter sich für befangen erklärt hatte (s. BN vom 14.04.13), wird am 11.05.13 unter Vorsitz eines anderen Richters fortgesetzt werden. Obwohl in dem Prozess wegen des Todes von mehreren Hundert Demonstranten die für Untersuchungshaft festgelegte gesetzliche Höchstdauer von zwei Jahren erreicht ist und das Gericht die Freilassung des ehemaligen Präsidenten unter Auflagen anordnete, bleibt Mubarak weiterhin in Haft, da Untersuchungshaft auch wegen eines Korruptionsverfahrens angeordnet worden war.

Verletzte bei Protestkundgebung der Muslimbruderschaft

Bei einer Demonstration der Muslimbrüder gegen die ägyptische Justiz kam es am 19.04.13 zu Straßenschlachten mit radikalen Protestgruppen. Die Islamisten forderten eine Säuberung der Justiz, der sie vorwarfen, mit Konterrevolutionären durchsetzt zu sein. Dutzende wurden bei den Auseinandersetzungen verletzt. Anlass für die Demonstration war die gerichtliche Anordnung, Mubarak aus der Haft zu entlassen, obwohl diese ohne Konsequenzen geblieben war.

Justizminister Ahmed Mekki, der als Befürworter der Unabhängigkeit der Justiz gilt, trat am 21.04.13 zurück, führt die Amtsgeschäfte aber bis zu einer Neubesetzung des Postens weiter.

Libyen

Stammesführer unterzeichnen Friedensabkommen in Tripolis

Am 20.04.13 haben die Führer des Stammes der Tebou (schwarzafrikanisch) und des Stammes der Awlad Suliaman (arabisch) ein von der libyschen Regierung vermitteltes Friedensabkommen geschlossen. Beide Stämme haben ihre Siedlungsgebiete im Südwesten des Landes in der Region Fezzan, dessen Verwaltungszentrum Marzuq ist. Die Bevölkerung der Stadt Sebha ist vom Friedensabkommen ebenfalls umfasst. In der Vergangenheit kam es mehrfach zu bewaffneten Auseinandersetzungen in der Region Fezzan und in Sebha.

FIFA erklärt Libyen für sicher

Die FIFA (Internationale Föderation des Verbandsfußballs) hat das Land laut einer Meldung vom 19.04.13 für wieder sicher erklärt, so dass Qualifizierungsspiele für die Teilnahme an der Fußballweltmeisterschaft auch in Libyen stattfinden können. Am 07.06.13 spielt die libysche Nationalmannschaft gegen eine Auswahl der Demokratischen Republik Kongo in Tripolis und am 14.06.13 gegen eine Auswahl von Togo in Benina nahe Tripolis.

Angriff auf Gefangenentransport bei Tripolis

Am 18.04.13 griffen Bewaffnete einen Gefangenentransport an. Ein Gefangener wurde getötet und mehrere Polizisten wurden verletzt. Der Vorfall ereignete sich rd. 15 km östlich der Hauptstadt Tripolis auf dem Weg nach Tajoura.

Milizen in Gharyan lösen sich auf

Örtliche Milizen in der Stadt Gharyan in den Nafusa-Bergen haben sich laut einer Meldung vom 17.04.13 aufgelöst. Sie übergaben ihre Ausrüstung samt Waffen, ein inoffizielles Gefängnis sowie 13 Männer, die an Verbrechen in Bani Walid (einstige Gaddafi-Hochburg) beteiligt waren, an die staatlichen Sicherheitskräfte.

Führer von libyscher Ansar al-Sharia am Leben

Nach neuen Erkenntnissen ist Sufyan bin Qumu nicht am 14.04.13 in Derna erschossen worden. Vielmehr wurde eine Person schwer verwundet, die das Kraftfahrzeug Qumus gefahren hat. Qumu war in Guantanamo Bay in US-Haft und wird als Führer einer islamistischen libyschen Miliz namens Ansar al-Sharia verdächtigt, am Angriff auf das US-Konsulat in Bengasi im September 2012 beteiligt gewesen zu sein.

Serbien/Kosovo

Durchbruch bei Kosovo-Verhandlungen

Nach erneuten diplomatischen Bemühungen der EU haben sich Serbien und Kosovo am 19.04.13 doch noch auf ein Abkommen geeinigt, das den Konflikt um Nord-Kosovo beilegen soll. Nach dem Scheitern der Gespräche Anfang der 16. KW (vgl. BN v. 15.04.13) hatte die EU einen weiteren Einigungsplan vorgelegt. Das Abkommen sieht vor, dass sich die vier fast ausschließlich von Serben bewohnten Gemeinden im Norden Kosovos zu einer Gemeinschaft zusammenschließen. Diese Region bekommt umfassende Rechte und Befugnisse für die Ressorts Polizei, Justiz, Bildung, Gesundheitswesen und Kultur. Ihre Finanzmittel wird die Gemeinschaft jedoch von der Regierung in Priština bekommen. Außerdem ist festgelegt, dass Polizei und Gerichte dort Teil des kosovarischen Rechtssystems sein müssen.

Das kosovarische Parlament hat dem Abkommen heute bereits zugestimmt. Man geht davon aus, dass es auch im serbischen Parlament von der Mehrheit unterstützt werden wird. Die EU gratulierte zu einem „historischen Abkommen“. UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon sprach von einem Meilenstein. In den Ländern selbst gibt es aber auch Proteste und Morddrohungen. Die Kosovo-Serben kritisieren das Abkommen und kündigten ein Referendum dazu an. Sowohl die kosovarische als auch die serbische Opposition spricht vom Verrat der jeweiligen nationalen Interessen. Nun kommt es maßgeblich darauf an, wie das Abkommen in die Realität umgesetzt wird.

Mali

UN-Truppe soll Frankreich im Juli ablösen

Die geplante Friedenstruppe der Vereinten Nationen für Mali könnte ab dem 01.07.13 zum Einsatz kommen. Voraussetzung hierfür sei das Ende von „schweren Kampfhandlungen“, heißt es in einem Entwurf für eine Resolution des UN-Sicherheitsrates, den die Nachrichtenagentur AFP am 15.04.13 erhielt. Die UN-Truppe soll danach 11.200 Soldaten umfassen.

Frankreich hat in kleinem Umfang mit dem Abzug seiner Truppen begonnen. Auch der Tschad will seine Truppen zurückziehen. Der Präsident des Tschads, Deby, sagte hierzu, seine Armee sei nicht für einen guerrillaartigen Schattenkrieg ausgebildet, wie er im Norden Malis stattfindet.

Wahltermin bestätigt/Ausnahmezustand um drei Monate verlängert

Malis Ministerpräsident, Diango Sissoko, hat angekündigt, dass die Wahlen wie geplant im Juli stattfinden werden. Der im Januar für drei Monate verhängte Ausnahmezustand soll nun erst am 06.06.13 enden, dem offiziellen Beginn des Wahlkampfes. Unter anderem sind bis dahin große Menschenansammlungen und alle Aktionen, die die öffentliche Ordnung beeinträchtigen könnten, verboten, so Radio Mali am 19.04.13.

Sudan

Zehntausende in Darfur geflohen

Nach Angaben von Hilfsorganisationen flohen seit Anfang April Tausende in Ostdarfur vor Kämpfen um die Städte Labado und Muhagiriya zwischen der sudanesischen Armee und der von Minni Minawi geführten Fraktion der Sudan Liberation Army (SLA-MM). Der gemeinsamen Mission der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union in Darfur (UNAMID) zufolge soll es sich um 18.000 Flüchtlinge handeln, andere Schätzungen gehen von 36.000 aus. Bei der Rückeroberung Labados durch die sudanesisch Armee am 16.04.13 wurden nach UNAMID-Angaben vier Zivilisten getötet und sechs verletzt. Die Rebellen gaben bekannt, sie hätten sich aus Labado und Muhagiriya zurückgezogen. Bei einem Angriff auf ein UNAMID-Team nahe Muhagiriya kam am 19.04.13 ein nigerianischer Soldat ums Leben, zwei Soldaten wurden verletzt.

In Südwestdarfur trieben Kämpfe zwischen den arabischen Stämmen Misseriya und Salamat den Vereinten Nationen zufolge mindestens 50.000 Menschen in die Flucht. Mindestens 18 Menschen sollen bei den Kämpfen getötet worden sein.

Trotz der andauernden Gewalt seien nach Angaben von Marc Cutts, Chef des UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs in Sudan, Teile Darfurs relativ stabil und böten gute Chancen für einen Wiederaufbau.

Nigeria

Viele Tote bei Gefecht zwischen Boko-Haram-Kämpfern und Soldaten

Am Abend des 19.04.13 ist es am Tschadsee im Fischerort Baga (nordöstlicher Bundesstaat Borno) zu einem mehrstündigen Feuergefecht zwischen Regierungssoldaten und Angehörigen der islamistischen Terrororganisation Boko Haram gekommen. Bei den Kämpfen, die sich nach einigen Presseberichten auch am folgenden Tag fortgesetzt haben sollen, sind mindestens 185 Personen getötet und etwa 2.000 Häuser durch Feuer zerstört worden. Laut Angaben von Brigadegeneral Austin Edokpaye sei am 19.04.13 eine Patrouille in der Nähe einer Moschee in Baga angegriffen worden, in der man Mitglieder der Boko Haram vermutet habe. Hierbei seien ein Offizier getötet und mehrere Soldaten verwundet worden. Nachdem die Soldaten Verstärkung erhalten hätten, sei es zu einem Feuergefecht gekommen, in dem die Terroristen Maschinengewehre und Panzerabwehrraketen eingesetzt hätten. Edokpaye machte Boko Haram für die vielen Toten verantwortlich, da deren Kämpfer auf die Soldaten geschossen, während sie sich selbst zwischen den Zivilisten verborgen hätten. Die Brände seien durch Panzerabwehrraketen der Terroristen verursacht worden. Laut Angaben von Einwohnern hingegen sollen Soldaten die Brände gelegt und dadurch die meisten Todesfälle verursacht haben.

Kamerun/Nigeria

Entführte Franzosen wieder frei

Nach zwei Monaten Gefangenschaft in der Hand von radikalen Islamisten ist die in Kamerun entführte französische Familie wieder frei. Nach Regierungsangaben seien die drei Erwachsenen und vier Kinder in der Nacht zum 19.04.13 den kamerunischen Behörden übergeben worden. Weitere Einzelheiten wurden bislang nicht bekannt. Nach Angaben des französischen Präsidenten hat Frankreich kein Lösegeld gezahlt.

Uganda

Verbesserter Zugang zur Gerichtsbarkeit

UNHCR und die Regierung von Uganda haben ein Pilotprojekt eines mobilen Gerichts in der Nakivale Siedlung im Südwesten des Landes etabliert. Dadurch soll der Zugang für Flüchtlinge zur ugandischen Justiz verbessert werden. 68.000 Flüchtlinge und 35.000 Einheimische können davon profitieren. Nakivale ist mit etwa 180 Quadratkilometern Ugandas älteste und größte Flüchtlingsiedlung. Das nächste Gericht befindet sich in 50 Kilometer Entfernung.

Zentralafrikanische Republik

Lage weiterhin schwierig

Die Sicherheitslage in der Hauptstadt Bangui ist äußerst instabil. Nach Angaben des Roten Kreuzes kamen in der letzten Woche bei Zusammenstößen zwischen Bürgern und Rebellen in Bangui etliche Menschen ums Leben. Beobachter sprachen von den schwersten Kämpfen seit dem Sturz der Regierung Bozizé durch die Séléka-Rebellen am 24.03.13. In Boy-Rabe, einem Viertel im Norden der Hauptstadt, das als Hochburg des Ex-Präsidenten gilt, sind die Geschäfte geschlossen und viele Menschen trauen sich nicht aus ihren Häusern. Die Séléka-Rebellen ziehen schwerbewaffnet durch die Straßen. Angaben eines Afrika-Experten des GIGA-Instituts Hamburg zufolge hat das neue Regime die eigenen Truppen nicht im Griff. Die Vereinten Nationen werfen den Rebellen Plünderungen und Gewalt gegen Zivilisten vor. Etwa 1.400 Menschen haben sich nach Angaben des Erzbischofs Nzapalainga aus Angst vor den Rebellen in ein Krankenhaus der Stadt geflüchtet. An einem der letzten Sonntage haben Bewaffnete alle Kirchgänger, die nach der Messe aus der Kathedrale von Bangui strömten, um Geld erpresst. Nach Angaben des Erzbischofs könnte es sein, dass es Personen gibt, die Spannungen zwischen den religiösen Gruppen schüren wollen. Laut UNHCR werden immer mehr Kinder infolge der Eskalation der Gewalt getötet.

Am 19.04.13 beschlossen die Nachbarländer, eine 2.000 Mann starke Truppe in die Zentralafrikanische Republik zu entsenden.

Kenia

Tote bei Angriff auf Hotel

Zehn Menschen starben, als am 18.04.13 Bewaffnete in ein Hotel in Garissa im Osten Kenias eindrangen und das Feuer eröffneten; weitere wurden verletzt. Die Angreifer konnten unerkannt entkommen. Seit Kenias militärischem Engagement im Nachbarland Somalia kommt es immer wieder zu Anschlägen in Kenia, die der islamistischen Miliz al-Shabaab angelastet werden.

Togo

Lehrerstreik; Gewalt bei Schülerdemonstrationen

Bereits am 09.04.13 traten Lehrer in einen Streik, um bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung zu fordern. Auch Beschäftigte des öffentlichen Gesundheitswesens streiken für entsprechende Ziele. Am 10. und 11.04.13 demonstrierten in Lomé und anderen Orten Schüler, um die Forderungen ihrer Lehrer zu unterstützen. Weil Proteste in Lomé gewaltsam verliefen und zu Sachschäden führten, ordneten die Behörden am 14.04.13 bis auf Weiteres die Schließung aller öffentlichen und privaten Grund- und höheren Schulen in Lomé und der Präfektur Golfe an. Am 15.04.13 kam es an verschiedenen Orten erneut zu Demonstrationen. Dabei wurde in Dapaong (Region Savanes) ein zwölfjähriger Schüler getötet, als die Polizei Warnschüsse abgab, weil es bei einer Demonstration zu Ausschreitungen kam. In Barkoissi (Präfektur Oti, Region Savanes) wurde der Minister für Wasser, Bissoune Nabagou, verletzt, als demonstrierende Schüler sein Auto mit Steinen bewarfen. Nach dieser neuerlichen Gewalt wurden die Schulen landesweit geschlossen. Am 22.04.13 sollen sie wieder geöffnet werden.

Myanmar

Hintergründe antimuslimischer Gewalt

Human Rights Watch wirft myanmarischen Behörden und Angehörigen der ethnischen Gruppe der Arakan in einem am 22.04.13 veröffentlichten Bericht vor, im Rahmen gegen muslimische Rohingya gerichteter „ethnischer Säuberungen“ seit Juni 2012 Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben. Vertreter von Behörden und Gemeinden hätten zusammen mit buddhistischen Mönchen ethnische Arakan organisiert und angestachelt, mit Rückendeckung von Sicherheitskräften koordinierte Gewalt gegen muslimische Gemeinschaften zu verüben, um sie zu terrorisieren und zwangsweise umzusiedeln. Zehntausenden Vertriebenen seien ein Zugang zu humanitärer Hilfe und eine Rückkehr in ihre Wohngebiete verweigert worden. Ebenfalls am 22.04.13 veröffentlichte die BBC Videoaufnahmen, welche die Polizei während der jüngsten Unruhen in Meiktila Ende März teils selbst erstellt haben soll. Sie zeigen, wie Polizisten tatenlos zusehen, während ein Mob gewaltsam gegen Muslime und ihren Besitz vorgeht.

Nordkorea

Lage auf der koreanischen Halbinsel bleibt gespannt

Die nordkoreanische Führung hat unzumutbare Bedingungen für Gespräche mit Südkorea und den USA gestellt. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums müssten die UN-Sanktionen gegen Nordkorea aufgehoben werden. Zudem sollten die USA und Südkorea auf ihre gemeinsamen Militärmanöver verzichten und zusichern, dass sie keine Pläne für einen Atomkrieg gegen den Norden hätten. Nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur KCNA könne eine atomare Abrüstung auf der koreanischen Halbinsel beginnen, sobald die USA ihre Atomwaffen abzögen. Nach Angaben der südkoreanischen Nachrichtenagentur Yonhap, die sich auf Militärkreise beruft, haben die Streitkräfte Nordkoreas zwei weitere mobile Raketenabschussrampen an die Ostküste verlegt.